Same but different: Politische Kultur in der Schweiz und Liechtenstein

Thomas Milic*

* Dr. Thomas Milic ist Forschungsleiter Politik am Liechtenstein-Institut.

Inhalt

I.	Einleitung	197
II.	Politische Kultur: Eine Begriffspräzisierung	197
III.	Systemkultur	200
IV.	Prozesskultur	204
V.	Policykultur	209
VI.	Konkordanz und Konsens als Konfliktlösungsmuster	210
Literatur		214

I. Einleitung

Die Schweiz und Liechtenstein teilen viele Gemeinsamkeiten. Sie sprechen – zumindest in der unmittelbaren Nachbarschaft beidseits des Rheins – einen ähnlichen Dialekt, haben eine gemeinsame Grenze, handeln dank dem Zollvertrag im selben Wirtschaftsraum mit derselben Währung (Schweizer Franken), hören und lesen oft dieselbe Musik und dieselbe Literatur, geniessen im Wesentlichen dieselbe Küche und treiben dieselben Nationalsportarten (Skifahren, Wandern etc.). Auch die politischen Systeme beider Nachbarländer weisen Elemente auf, die nur wenige andere Staaten ihr Eigen nennen: allen voran die direktdemokratischen Rechte, die sowohl in Liechtenstein als auch in der Schweiz auf nationaler Ebene unvergleichlich stark ausgebaut sind. Sodann aber auch das Subsidiaritätsprinzip, die Kollegialregierung – ein weiteres internationales Unikum – und verschiedene weitere Prozesse und Verfahren. Gewiss, es gibt auch Unterschiede: Einen Regierungschef gibt es in der Schweiz beispielsweise nicht, ebenso wenig einen Fürsten oder Monarchen. Zudem ist die föderale Gliederung des Schweizerischen Bundesstaates aufgrund der Historie der Schweiz dreiteilig: Zwischen der Bundesebene und den Gemeinden sind noch die Kantone, die einstmaligen souveränen Kleinststaaten, welche vor 1848 den Staatenbund der Eidgenossenschaft ausmachten. Wie steht es aber um die politische Kultur in beiden Ländern, von der oftmals gesagt wird, sie sei hier wie dort auf Konsens, Kompromiss und Mässigung ausgerichtet? Ist dem so? Generell: Wie ähnlich sind sich die politischen Kulturen der beiden sonst so ähnlichen Nachbarn?

II. Politische Kultur: Eine Begriffspräzisierung

Zunächst ist zu klären, was politische Kultur ist. Im alltäglichen Sprachgebrauch ist damit oftmals die politische Umgangsform oder der politische Kommunikationsstil gemeint. Wie wird beispielsweise im nationalen Parlament debattiert? Wie gehen die Politiker und Politikerinnen miteinander um? Der Begriff politische Kultur enthält in dieser Verwendung meist auch eine normative Wertung: Gewisse Politikstile sind «gut» oder «kultiviert», andere «krawallig», «hemdsärmelig» oder «schlecht». Diese gedankliche Vorstellung von politischer Kultur ist an sich nicht falsch. Aber in der politikwissenschaftlichen Forschung wird das Konzept der politischen Kultur anders und vor allem umfassender definiert. Das Konzept geht ursprünglich auf Almond und Verba zurück, die es wie folgt definiert haben: «The political culture of a nation is the particular distribution of patterns of orientation toward political

objects among the members of the nation.»[1] Mit anderen (deutschsprachigen) Worten meint politische Kultur: «… die Gesamtheit der Werte, Glaubensüberzeugungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Politik und politischen Objekten».[2]

Den Ausgangspunkt der modernen Forschung über politische Kultur bildete das Scheitern bzw. die Überlebensfähigkeit junger Demokratien in der Zwischenkriegszeit. Warum erwiesen sich gewisse Demokratien als wenig belastbar, während andere, ganz ähnlich strukturierte demokratische Systeme die Krisenzeit überlebten? Almond und Verba sahen in der Übereinstimmung zwischen den politischen Orientierungen der Bevölkerung und der politischen Struktur eines Staates eine Grundbedingung für die Stabilität einer Demokratie. «Nur wenn das politische System sich auch in den Einstellungen und Wertorientierungen der Bürger wiederfinden lässt, kann es dauerhaft bestehen», fassen Pickel und Pickel die Hauptaussage Almonds und Verbas zusammen.[3] Die Summe dieser Einstellungen ergeben gewissermassen das «Legitimitätsempfinden»[4] der Bürger und Bürgerinnen gegenüber dem Staat. Wenn dieses Legitimitätsempfinden in der Bevölkerung breit verankert ist, bleibt das politische System stabil und übersteht auch Krisensituationen. Andernfalls drohen Legitimitätskrisen oder gar der Zusammenbruch der Demokratie wie in Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik.

Diese politischen Orientierungen und Einstellungen der Bevölkerung wiederum sind das «Ergebnis von Kindheitssozialisationen, Erziehung, Medieneinfluss und Erfahrungen im Erwachsenenleben mit den Leistungen von Regierung, Gesellschaft und Wirtschaft».[5] Kurz, solche grundlegenden Werteorientierungen werden oft von Generation zu Generation weitervererbt; sie werden in einer frühen Lebensphase verinnerlicht und weisen deshalb auch eine Zählebigkeit auf. Freitag schreibt gar, dass diese politischen Werteorientierungen «mehr oder weniger unabänderlich» seien.[6] Ein grundlegender Wandel des politischen Systems ohne entsprechende Wertebasis in der Bevölkerung hat demzufolge geringe Erfolgsaussichten, denn die politische Kultur einer Nation oder einer Gesellschaft ändert sich nur höchst inkrementell, durch langjährige Adaptionsprozesse oder als Folge von exogenen, äusserst einschneidenden Ereignissen (z. B. Kriege, Naturkatastrophen etc.).

---

1 Almond / Verba, 1963, S. 14. In der deutschen Übersetzung lautet die Definition wie folgt: «Die politische Kultur einer Nation ist die spezifische Verteilung von Orientierungsmustern gegenüber politischen Objekten unter den Mitgliedern einer Nation.»
2 Freitag, 2017, S. 72
3 Pickel / Pickel, 2006, S. 52.
4 Ebenda.
5 Almond, 1987, S. 27 f.
6 Freitag, 2017, S. 74.

Almond und Verba unterschieden drei Idealtypen politischer Kultur:[7] die parochiale Kultur, die Untertanenkultur und die Teilnahmekultur. Die parochiale Kultur ist die politische Kultur eines vormodernen Staates, dessen Bürgerschaft keine Erwartungen gegenüber dem Staat hat. Die parochiale politische Kultur ist im Wesentlichen eine Kultur des Nichteinmischens. In der Untertanenkultur analysiert und bewertet die Bürgerschaft zwar den Output eines politischen Systems, stellt aber keinen Anspruch auf Mitgestaltung. Eine partizipative Teilnahmekultur zeichnet sich schliesslich dadurch aus, dass die Bürgerschaft sowohl Interesse am Output wie auch an den Input-Prozessen zeigt und sich überdies als teilnehmenden politischen Akteur begreift. Interessanterweise favorisieren Almond und Verba keines der drei Modelle, sondern halten eine bestimmte *Kombination von Elementen aus allen drei Typen*, die sie in der Folge «civic culture» nennen, für die stabilste Wertegrundlage einer demokratischen Ordnung.[8]

Als empirisch fruchtbares Analyseraster hat sich des Weiteren die Unterscheidung dreier Kategorien von Orientierungsobjekten erwiesen:[9] erstens eine *Systemkultur*, welche Einstellungen zum politischen System als Ganzes («Demokratiezufriedenheit»), aber auch zur politischen Gemeinschaft («kollektive Identität», «Nationalbewusstsein») umfasst.[10] Zweitens eine *Policykultur*, deren Hauptgegenstand (konkrete) politische Sachfragen bilden wie etwa die Frage nach dem Ausstieg aus der Kernenergie oder nach dem EU-Beitritt.[11] Drittens eine *Prozesskultur*, zu welcher im Wesentlichen Einstellungen zu handelnden Akteuren (d. h. zu den Bürgerinnen und Bürgern selbst, aber auch zu den Parteien bzw. zum Parteiensystem, zu den Medien und zu weiteren Institutionen und Organen) zu zählen sind.[12] Die Bewertung all dieser unterschiedlichen Einstellungsgegenstände kann schliesslich kognitiver (*beliefs*, d. h. geglaubtes Wissen), affektiver (Gefühle, Empfindungen)

---

7 Almond und Verba, 1963, S. 17–19.

8 Ebenda, S. 3f.

9 Typischerweise werden politische Systeme in die drei Ebenen bzw. Aspekte von System / Strukturen («polity»), Prozess («politics») und Policy / Inhalte («policy») gegliedert.

10 In seinem Rückblicksaufsatz beschreibt Almond die Systemkultur wie folgt: «Die System-Kultur setzt sich zusammen aus Kenntnissen, Gefühlen und Bewertungen gegenüber den politischen Autoritäten und den Amtsinhabern, gegenüber dem Regime, d. h. der institutionellen Struktur, und schliesslich gegenüber der Nation» (Almond, 1987, S. 37).

11 Ebenda: «Policy-Kultur umfasst Kenntnisse, Gefühle und Einschätzungen von Mitgliedern des politischen Systems gegenüber den ‹outputs› des Systems, seine Innenpolitik (abschöpfend, regulierend und verteilend) und seine Aussenpolitik (militärisch, diplomatisch und ökonomisch).»

12 Ebenda: «Prozess-Kultur umfasst Kenntnisse, Gefühle und Einschätzungen von Mitgliedern eines politischen Systems gegenüber sich selbst als politisch Handelnden und gegenüber anderen politischen Akteuren, einschliesslich anderen politischen Gruppen wie Parteien und Interessenverbänden und bestimmten politischen Eliten.»

oder evaluativer Natur (Werturteile) sein.[13] Damit haben Almond und Verba ein empirisches Forschungsprogramm vorgegeben: Die Liechtensteiner und Schweizer Befunde zu diesem Forschungsprogramm werden nachfolgend in zusammengefasster Form präsentiert.

III. Systemkultur

Gemäss Easton sind zwei für die Überlebensfähigkeit und Stabilität eines politischen Systems gleichermassen zentrale Komponenten der Systemkultur zu unterscheiden:[14] zum einen die *Haltungen der Bevölkerung zur bestehenden Regierungs- oder Herrschaftsform* («Regime») oder, wie es bei Gabriel heisst, zu «grundlegenden Merkmalen der institutionellen Ordnung». Dazu zählt er die Grundrechte, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsprinzip.[15] Im Liechtensteiner und Schweizer Kontext ist darunter primär die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie als Ganzes zu verstehen. Zum anderen ist – wie zahlreiche Beispiele aus der Vergangenheit wiederholt illustrierten (etwa auseinandergefallene Vielvölkerstaaten) – auch ein bestimmtes *Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Kollektiv* (Nation, Ethnie etc.) unabdingbar für die politische Systemstabilität. Denn Loyalität zum Staat, Akzeptanz staatlicher Entscheide und Solidarität mit einer Gemeinschaft setzen voraus, dass man sich auch als Teil eines (Staats-) Volkes begreift.

Haltungen der Bevölkerung zur bestehenden Regierungs- oder Herrschaftsform

Die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie Demokratie funktioniert,[16] ist sowohl in Liechtenstein wie auch in der Schweiz gross. Im europäischen Vergleich nehmen beide Staaten gar die beiden Spitzenplätze ein. Der in Abbil-

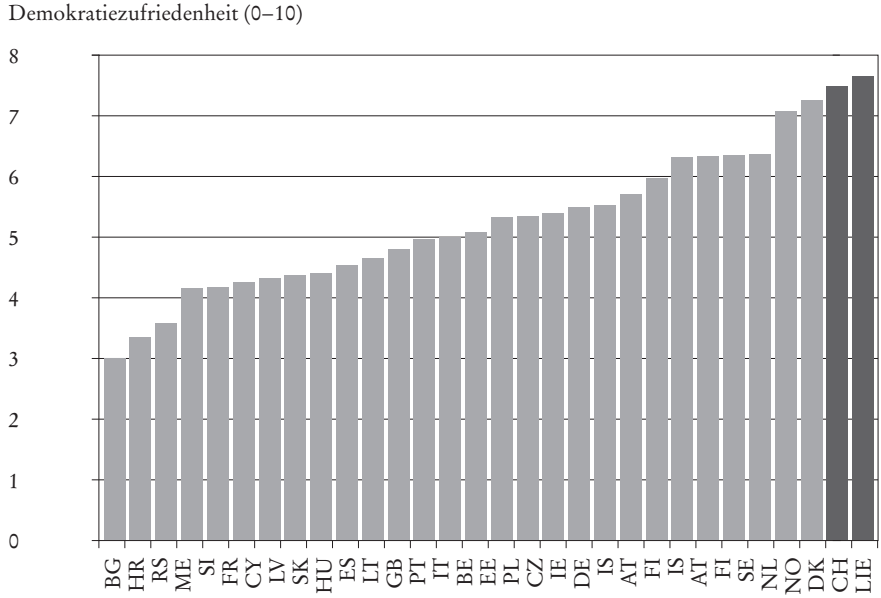
13 Gabriel, 2008 S. 182.

14 Easton, 1979, S. 171.

15 Gabriel, 2008, S. 183.

16 Es sei darauf hingewiesen, dass die *Akzeptanz* eines Regimes (z. B. der Demokratie) als politisches Herrschaftsmodell (in der Fachliteratur oftmals als «generalisierte Systemunterstützung» bezeichnet) und die *Zufriedenheit mit ihrer Funktionsweise* im eigenen Lande nicht dasselbe sind. Ideal und Realität klaffen in den Augen der Bürgerinnen und Bürger möglicherweise auseinander. Die generalisierte Akzeptanz verschiedener Herrschaftsmodelle wird selten abgefragt, während die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Speziellen «zu den von der empirischen Forschung am besten dokumentierten politischen Einstellungen» gehört (Gabriel, 2008, S. 190). Auch in diesem Beitrag liegt der Fokus auf letzterer Einstellung. Der konkrete Wortlaut der Frage, deren Antworten zur Messung der Systemkultur ausgewertet wurden, lautete: «Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein?».

Abbildung 1: Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie (internationaler Vergleich)



Quellen: Eigene Darstellung. Liechtensteiner Wert (Durchschnitt verschiedener Umfragen des Liechtenstein-Instituts zwischen 2017 und 2021), vergleichende Werte: ESS 2018.

dung 1 ausgewiesene Wert für Liechtenstein ist zwar nicht direkt mit der Schweiz (und den anderen Staaten) vergleichbar, da die Werte auf unterschiedlichen Erhebungsmethoden beruhen.[17] Aber selbst konservativ geschätzt, kann der Liechtensteiner Stimmbevölkerung[18] eine hohe Demokratiezufriedenheit attestiert werden. Praktisch gleich ist der Wert für die Schweiz. Liechtenstein und die Schweiz – zwei mit ihrer Demokratie hoch zufriedene Nachbarn. Überdies ist die Systemzufriedenheit in beiden Staaten nur geringen Schwankungen ausgesetzt. Selbst die Corona-Krise vermochte der Demokratiezufriedenheit in beiden Staaten nicht allzu stark zuzusetzen.

Die Gründe für diesen erfreulichen Befund sind etwas schwieriger zu eruieren. Natürlich ist materieller Wohlstand auch für die Demokratiezufrie-

17 Die Demokratiezufriedenheit wurde im ESS auf einer 11-stufigen Skala (0–10) erhoben, während die Liechtensteiner Werte auf einer 4-stufigen Skala (1–4) gemessen wurden. Angeglichen wurden die Liechtensteiner Werte mit der Formel (Mittelwert LIE–1)*(10/3)+1.

18 Sowohl die Liechtensteiner wie auch die ESS-Werte beziehen sich auf die über 18-jährigen Wahl- oder Stimmberechtigten des Landes. Nicht berücksichtigt wurden demnach alle Ansässigen ohne Wahl- oder Stimmrecht im betreffenden Land.

denheit förderlich. Einer der weiteren Gründe für die hohe und frappant ähnliche Demokratiezufriedenheit in den beiden Staaten könnte aber auch die beiderorts aussergewöhnlich stark ausgeprägte direkte Demokratie sein.[19] Sie vermittelt den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl, der Staat sei auch «ihr» Staat.

Zugehörigkeitsgefühl zu einem Kollektiv

Sowohl in Liechtenstein wie auch in der Schweiz haben sich die jeweiligen nationalen Identitäten unter besonderen Bedingungen herausbilden müssen. Auf die Sprache als exklusives Identitätsmerkmal konnten weder die Schweiz noch Liechtenstein zurückgreifen, denn in den (meisten) Nachbarländern wird ebenfalls Deutsch gesprochen. In der Schweiz kommt hinzu, dass im Land selbst nicht eine, sondern vier offizielle Landessprachen gesprochen werden. Sich über Kultur oder Sprache zu definieren, wie etwa die Nationalstaaten Deutschland und Italien im späten 19. Jahrhundert, blieb der Schweiz demnach verwehrt. Sie ist zudem auch konfessionell geteilt, was noch ein Jahr vor der Bundesstaatsgründung von 1848 zu einem allerdings nicht sonderlich blutigen Bürgerkrieg führte. Auch wirtschaftlich ist die Schweiz sehr heterogen. Wie sich in der Schweiz trotzdem ein Nationalgefühl entwickeln konnte, war für viele Beobachter ein Rätsel. Karl Deutsch nannte die Schweiz deshalb auch einen «paradigmatischen Fall politischer Integration».[20] Sie definiert sich nicht über Sprache oder Kultur, sondern primär über politische Institutionen (Demokratie, Neutralität, Föderalismus). Wenn auch angereichert mit Mythen und Sagen, ist die schweizerische Identität im Kern von staatspolitischer Natur. Die Schweiz wird deshalb oftmals auch als «Willensnation» bezeichnet.

Auch die liechtensteinische Nationalidentität ist auf untypische Art und Weise entstanden. Einige zweifeln die Existenz einer solchen Nationalidentität gar an. Eine solche habe sich, so Amelunxen, kaum herausbilden können. Denn: «Das Volk von Liechtenstein ist in früheren Jahrhunderten kaum gefragt worden, ob und wie es sein Zusammenleben und seine Zukunft gestalten wollte. Die Fürsten, die das Gebiet aus der Konkursmasse verschuldeter Grafen kauften, gaben dem Land ihren Namen, nicht umgekehrt […]. Die Souveränität kam ebenso ungefragt als Geschenk von aussen, gewissermassen durch historischen Zufall».[21] Marxer hält auf der Basis von Umfragewerten indessen fest: «Eine nationale liechtensteinische Identität hat sich tatsächlich herausgebildet».[22] Diese Identität habe sich zwar – im Vergleich zu anderen

19 Bauer / Fatke, 2014.
20 Deutsch, 1976.
21 Amelunxen, 1973, S. 57 f.
22 Marxer, 2006, S. 207.

Nationen – nur «schleppend» entwickelt, sei aber inzwischen nicht minder stark ausgeprägt als in den Nachbarstaaten.[23] Die einigende Klammer, so Marxer weiter, sei ursprünglich das Fürstenhaus gewesen.[24] Das Erstarken des liechtensteinischen Nationalbewusstseins habe aber vielmehr mit dem Ausbau der Volksrechte zu tun gehabt. Die Einführung von Landtagswahlen 1862[25] sei ein erster Schritt zum «Erwachen» eines Staatsrechtspatriotismus gewesen. Mit der stärker demokratischen Verfassung von 1921 sei dieses Nationalgefühl weitergewachsen, was auch an den Parolen jener Bewegungen – «Liechtenstein den Liechtensteinern» – erkennbar sei. Der weitere Ausbau der Volksrechte und eine «Flut von identitätsstiftenden Momenten» haben «insbesondere im 20. Jahrhundert nachhaltige Wirkung [auf die Bildung einer liechtensteinischen Identität, Ergänzung des Autors] entfaltet».[26]

Tatsächlich zeigen Befragungswerte, dass sich sowohl Schweizerinnen und Schweizer wie auch Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner zunächst am stärksten mit ihrer jeweiligen Nation verbunden fühlen, gefolgt vom Wohnort (in der Schweiz schliesst dies auch die Kantone mit ein) und erst nachfolgend mit Landschaften, also Ober- oder Unterland in Liechtenstein oder Sprachregionen in der Schweiz.[27] Sodann ist der Nationalstolz in Liechtenstein stärker ausgeprägt als in Deutschland oder der Schweiz. 43 Prozent der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner gaben in einer Umfrage an, «sehr stolz» auf ihr Land zu sein.[28] Dieser Wert ist in der Schweiz und in Deutschland signifikant tiefer – möglicherweise aber auch deshalb, weil der Nationalstolz im Speziellen in Deutschland historisch belastet ist. Staatsbürgerschaft und Demokratie, beides politische Merkmale, sind sowohl in der Schweiz wie auch in Liechtenstein bedeutende Identitätsmerkmale.[29] Allerdings wird die Neutralität als identitätsstiftendes Merkmal in der Schweiz deutlich öfter genannt,[30] was wohl auch einer der Gründe dafür sein dürfte, dass die beiden Staaten in Bezug auf die internationale Anbindung (z. B. EWR) unterschiedliche Wege eingeschlagen haben.

---

23 Zum *nation-building* in Liechtenstein im 19. Jahrhundert siehe: Frommelt, 2016.
24 Marxer, 2006, S. 206.
25 Press, 1984, S. 77–82, geht noch weiter zurück – bis ins Jahr 1848, in welchem zum ersten Mal in Liechtensteins Geschichte eine Volksvertretung gewählt und überdies ein Bekenntnis zur liechtensteinischen Eigenständigkeit abgegeben wurde.
26 Marxer, 2006, S. 207.
27 Marxer, 2006, S. 215.
28 Marxer, 2006, S. 217.
29 Marxer, 2006; gfs.bern, 2016.
30 gfs.bern, 2016.

IV. Prozesskultur

Eine generalisierte Systemunterstützung ist für die Stabilität eines politischen Ordnungsmodells auf lange Sicht zwar unverzichtbar. Gleichzeitig weist sie aber einen hohen Abstraktionsgrad auf, da sie sich auf ein von Alltagserfahrungen weit entrücktes Prinzip – ein bestimmtes politisches Ordnungsmodell wie etwa die Demokratie – bezieht. Die nachfolgend zu behandelnden Elemente der *Prozesskultur* sind für das Überleben politischer Systeme weniger fundamental, aber für die Akzeptanz *konkreter* politischer Entscheidungen umso bedeutsamer. Denn die Prozesskultur umfasst Einstellungen zu politischen Institutionen, Organen und Akteuren. Diese Einstellungsgegenstände sind für die meisten Menschen «greifbarer» und alltagsnäher als abstrakte Herrschaftsprinzipien. Die Bürgerinnen und Bürger machen ihre eigenen, alltäglichen Erfahrungen im Umgang mit Einrichtungen des öffentlichen Lebens wie etwa der Regierung, dem Gericht oder der Polizei. Deren Entscheidungen sind aber nur durchsetzbar, wenn diese Institutionen «in der Bevölkerung über einen gewissen Vertrauenskredit verfügen».[31]

Die Vertrauenswürdigkeit von politischen Institutionen wiederum ist auch von ihren Aufgaben bzw. ihrer Funktion im politischen Entscheidungssystem abhängig. Parteienstaatliche Institutionen wie etwa Parteien sind «parteiisch»: Sie bündeln die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und Wertvorstellungen, die oftmals im Konflikt zueinander stehen, und bringen sie in den politischen Entscheidungsprozess ein. Ihre Vertrauens- oder Glaubwürdigkeit ist infolgedessen auch stark davon abhängig, inwieweit man diese Interessen und Wertvorstellungen teilt. Rechtsstaatliche Institutionen hingegen werden in der Regel als partei- oder gruppenübergreifende Einrichtungen wahrgenommen, deren Aufgabe darin besteht, «soziale Konflikte verbindlich zu regeln und die Befolgung von Gesetzen zu garantieren».[32] Weil sie als politisch neutrale Instanzen gelten, erzielen sie in der Regel höhere Sympathie- und Vertrauenswerte als parteistaatliche Organe.

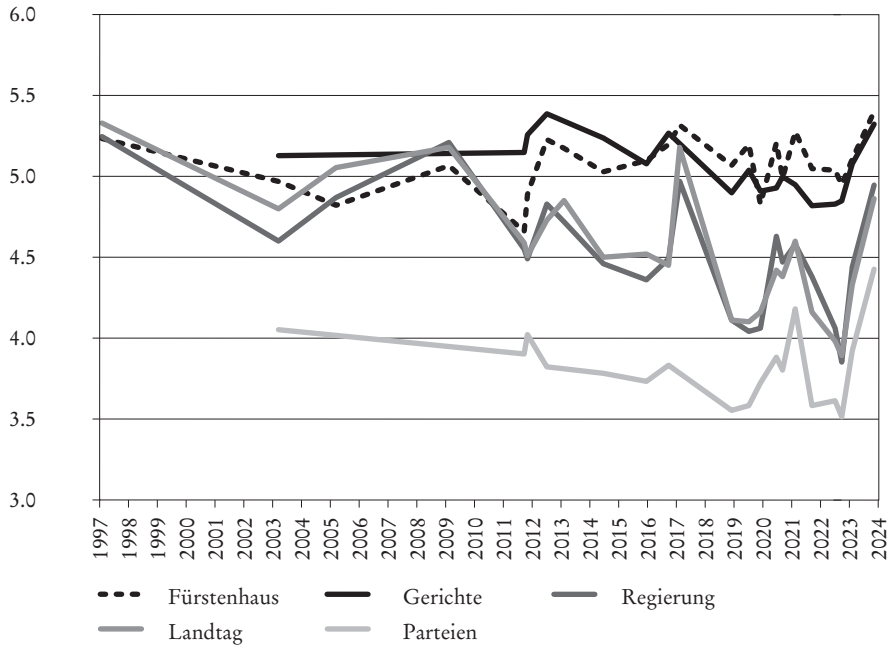
Dies bestätigt sich auch in den Fällen Liechtenstein und Schweiz: Den grössten Vertrauenskredit in der Liechtensteiner Bevölkerung besitzen die Gerichte, gefolgt vom Fürstenhaus – beides Institutionen, die nicht dem politischen Wettbewerb unterliegen. In der Schweiz liegen die Gerichte ebenfalls vorne, ein Fürstenhaus kennt die Schweiz nicht.

In beiden Vertrauensrankings folgen auf die Gerichte (in Liechtenstein zudem auch auf den Fürsten) die Regierung und das Parlament. In Liechtenstein werden beide Institutionen oft gleich bewertet. Anders in der Schweiz: Der

31 Gabriel, 2008, S. 194.
32 Freitag, 2017, S. 82.

Abbildung 2: Vertrauen in ausgewählte Institutionen Liechtensteins 1997–2024

Durchschnittliches Vertrauen (0-7)



Quellen: Eigene Darstellung aufgrund von Befragungen des Liechtenstein-Instituts.

Bundesrat erzielt regelmässig signifikant höhere Vertrauenswerte als das Parlament.[33] Vergleicht man die Liechtensteiner und Schweizer Werte für beide Institutionen,[34] so wird deutlich, dass diese Differenz daher rührt, dass der Schweizer Bundesrat ein höheres Vertrauen in der Bevölkerung geniesst als die Liechtensteiner Regierung. Dem Liechtensteiner Landtag und dem Schweizer Parlament wird in den jeweiligen Staaten hingegen ähnliches Vertrauen entgegengebracht. Erstaunlich ist jedoch, dass das Vertrauen in die Regierung Liechtensteins kaum mit deren Zusammensetzung korreliert: Die Vertrauenswerte von Einparteienregierungen (zwischen 1997 und 2005) waren ähnlich hoch wie jene der grossen Regierungskoalitionen zwischen FBP und VU.

Zuunterst in den Vertrauenshierarchien beider Staaten finden wir die Parteien und Medien. Bei diesen beiden Institutionen überwiegt im Schnitt das

33 Freitag, 2017, S. 84 f.

34 Zu diesem Zweck ist eine Umrechnung der Liechtensteiner Werte nötig, die auf einer siebenstufigen Vertrauensskala gemessen wurden.

Misstrauen das Vertrauen. Das hat gewiss auch damit zu tun, dass sie im Gegensatz zur Regierung oder zu den Gerichten heterogene Akteure sind. Die Konsequenz davon ist: In die eigene, bevorzugte Partei hat man möglicherweise grosses Vertrauen, nicht aber in die restlichen Parteien, was in der Bilanz aller Parteien in einem tiefen Vertrauenswert resultiert. Von einer Vertrauenskrise der Institutionen in den beiden Ländern kann dennoch nicht die Rede sein. Im internationalen Vergleich geniessen die Liechtensteiner und Schweizer Institutionen – egal, ob rechts- oder parteistaatliche – in der eigenen Bevölkerung ein sehr hohes Ansehen. Bezüglich Institutionenvertrauen gehören Liechtenstein und die Schweiz abermals der europäischen Spitzengruppe an.[35] Aufschlussreich ist auch hier, dass die Vertrauensmuster beider Staaten sich stark gleichen. Was das Institutionenvertrauen anbelangt, sind Liechtenstein und die Schweiz Inseln der Glückseligen.

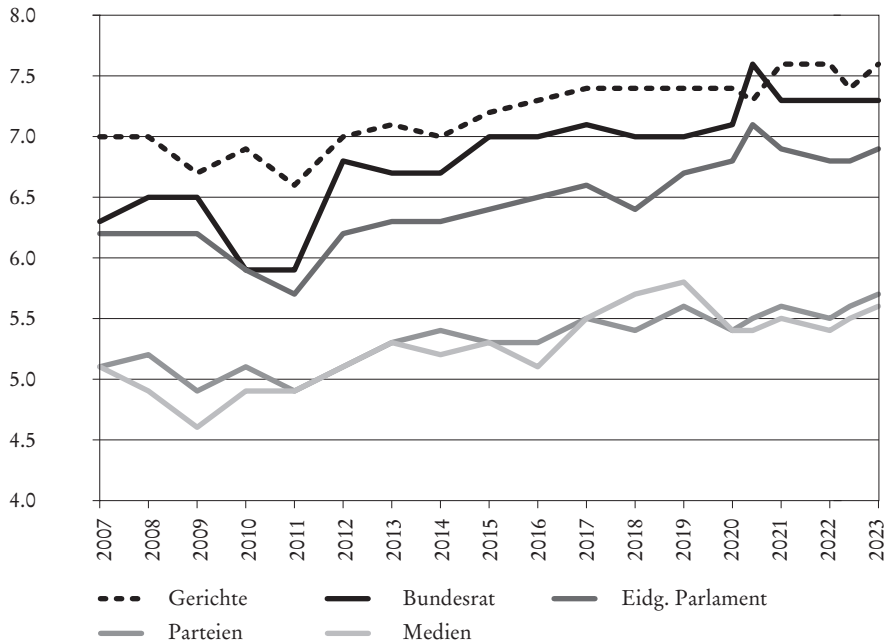
Zu den parteistaatlichen Institutionen gehören selbstredend auch alle intermediären Organisationen, allen voran die Parteien. Deren Funktion im politischen System liegt vor allem darin, gesellschaftliche Interessen zu artikulieren, zu aggregieren und sodann in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Die Erfüllung dieser Funktionen ist (unter anderem) von der Bindung der Bürgerinnen und Bürger an die Parteien abhängig. Starke Parteibindungen erleichtern es den Parteien, diese Artikulations-, Aggregations- und Implementierungsleistungen zu erbringen. Die Verbreitung von Parteiloyalitäten ist ihrerseits eine der am ausgiebigsten erforschten deskriptiven Fragestellungen der Politikwissenschaft. Die Frage nach der Parteinähe oder Parteiidentifikation[36] gehört im Prinzip zum Standardrepertoire der allermeisten politischen Befragungen. Die empirischen Befunde zur historischen Entwicklung von Parteibindungen sind indessen mehrdeutig und unterscheiden sich überdies zwischen den Staaten. In gewissen Staaten wie vor allem in den USA ist (überwiegend) von einer Erosion der Parteibindungen

35 Was das Vertrauen in die Regierung, in das Parlament, in die Justiz und in die Parteien anbelangt, so liegt die Schweiz in einem europäischen Ranking stets in den Top Three (Freitag, 2017, S. 98–101).

36 Das Konzept der Parteiidentifikation wurde ursprünglich von den Autoren des American Voter (Campbell et al., 1960) eingeführt. Im «Ann Arbor-Ansatz» war damit eine höchst stabile, affektive Bindung an eine Partei gemeint, die ihres amerikanischen Ursprungs (Zweiparteiensystem) wegen ausserdem streng bipolar und eindimensional ausgeprägt war. Um die Übertragbarkeit des Konzepts auf europäische Länder zu ermöglichen, wurde die Ann-Arbor-Konzeption (teils) aufgeweicht zugunsten einer Form von Partei*sympathie* oder Partei*nähe*. Diese beiden Konzepte stehen nicht für dieselbe Vorstellung von Parteibindung, wie sie im amerikanischen Kontext vorherrschend ist. Daraus resultierten in der Folge auch unterschiedliche Messvarianten der Parteibindung, die untereinander nur bedingt vergleichbar sind. In Liechtensteiner Befragungen wurde meist das Konzept der Parteinähe erhoben, das, wie gesagt, nur bedingt mit der Parteiidentifikation amerikanischer Prägung vergleichbar ist. Zum Konzept und zur Messung der Parteiidentifikation siehe: Schoen / Weins, 2014, S. 262–267.

Abbildung 3: Vertrauen in ausgewählte Institutionen der Schweiz 2007–2023

Durchschnittliches Vertrauen (0–10)



Quelle: Szvircsev Tresch et al., 2023.

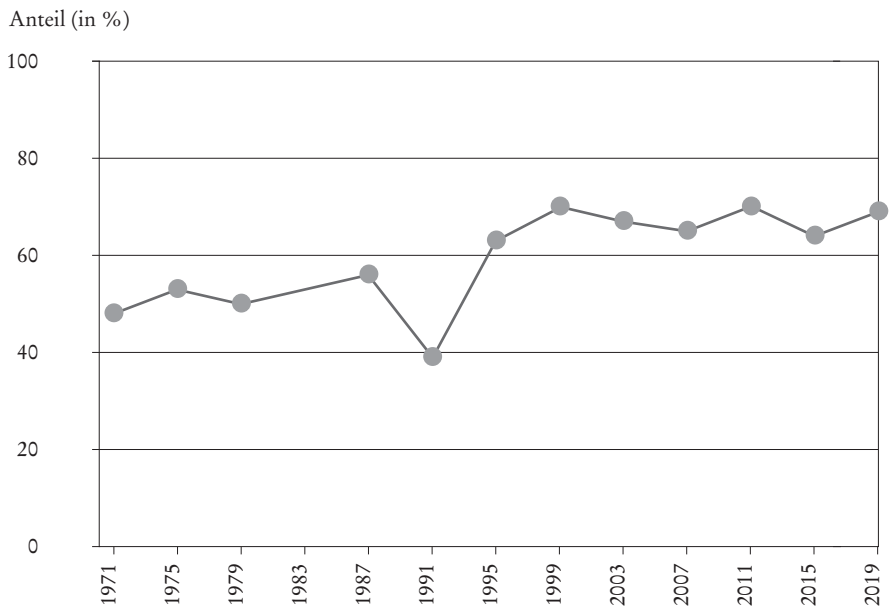
die Rede («Dealignment»),[37] während anderswo ein Abschmelzen der Bindungen kaum oder gar nicht zu beobachten war.

Zeitlich weit zurückgehende Zahlenreihen zu Parteiloyalitäten, die es ermöglichen, eine verlässliche Antwort auf die Frage der Auflösung von Parteibindungen zu geben, sind in der Schweiz erhältlich, sind aber nicht eindeutig.[38] In Liechtenstein fehlten sie lange Zeit. Wenn wir die Schweizer Werte mit jenen Liechtensteins vergleichen, fallen durchaus Unterschiede auf. Während im Schnitt rund zwei Drittel aller Liechtensteiner Wahl- und

37 Zum Beispiel Dalton / Wattenberg, 2002.

38 Die ESS-Befragungen (z. B. ESS 2018) weisen teilweise deutlich höhere Werte an Parteigebundenen in der Schweiz aus als die Schweizer Wahlstudien (SELECTS-Studien). Siehe hierzu Freitag, 2022, S. 102. Hinzu kommt, dass die Parteibindung nicht immer identisch operationalisiert wurde. Die in Abbildung 4 präsentierte Zeitreihe zeigt deshalb nur die Entwicklung der letzten rund fünfzig Jahre und ist aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden und des teilweise unterschiedlichen Wortlauts der Frage nach der Parteinähe als Tendenz zu interpretieren.

Abbildung 4: Anteil Parteiungebundener in der Schweiz 1971–2019



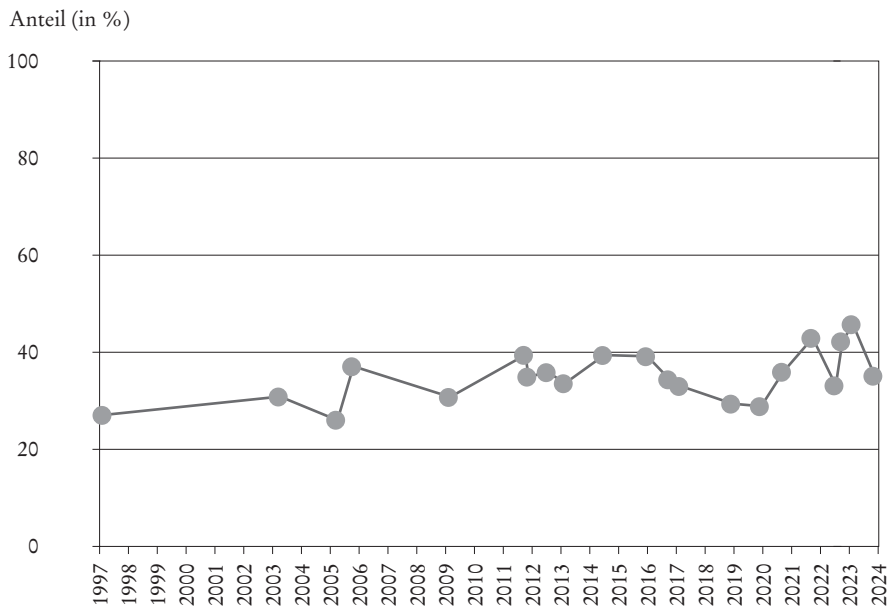
Quelle: Tresch / Rennwald / Lauener, 2023.

Stimmberechtigten angeben, sich einer Partei *nahe zu fühlen*, sind es in der Schweiz mittlerweile noch knapp ein Drittel. Noch in den 1970er-Jahren bekannte sich rund die Hälfte aller Schweizer Stimmberechtigten zu einer Partei. In Liechtenstein gab es keine vergleichbare Erosion, wenngleich auch hierzulande die Bindungen tendenziell abnehmen.

Im internationalen Vergleich sind die Liechtensteiner Werte zusammen mit den skandinavischen Werten hoch, während die Schweizer Werte sich dem europäischen Normalfall annähern. Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die beiden Nachbarstaaten über Parteien verfügen, die auf anteilsmässig zahlreiche Anhängerschaften zählen können. Das bedeutet aber nicht, dass sie regelrechte «Parteienstaaten» sind, in dem Sinne, dass die Parteien die politischen Entscheidungsprozesse massgeblich steuern. Tatsächlich entscheiden die Parteianhängerschaften etwa bei Sachabstimmungen längst nicht immer so, wie man das von «Parteisoldaten» erwarten könnte. Die Bürger und Bürgerinnen entscheiden oftmals unabhängig und entgegen der Parole / Empfehlung ihrer bevorzugten Partei.[39] Von einer Untertanenkultur im

39 Milic, 2022.

Abbildung 5: Anteil Parteiungebundener in Liechtenstein 1997–2024



Quellen: Eigene Darstellung aufgrund von 17 Befragungen des Liechtenstein-Instituts.

Sinne der eingangs geschilderten Definition von Almond und Verba kann beidseits des Rheins nicht die Rede sein.

V. Policykultur

Unter Policykultur versteht man gemeinhin stärker sachfragenbezogene Einstellungen oder politische Orientierungen. Von den drei im Theorieteil vorgestellten Kulturen ist die Policykultur wohl am wenigsten empirisch erforscht. Auf jeden Fall gibt es zur Policykultur wenig systematisch-vergleichende Studien – freilich mit der Ausnahme einer sachfragen*übergreifenden* politischen Grundorientierung, die als gut erforscht gilt: die Links-Rechts-Selbsteinschätzung (bisweilen auch als ideologische Selbstidentifikation bezeichnet). Die Links-Rechts-Achse ist eine Art «*super-issue*» oder «*overarching spatial dimension*»,[40] in welcher eine Mehrzahl von Policypositionen in einer räumlichen Dimension zusammengefasst werden. Tatsächlich hat die

40 Inglehart / Klingemann, 1976; Knutsen, 1997.

Einstellungsforschung gezeigt, dass die meisten Wählerinnen und Wähler in Westeuropa sich selbst, aber auch die zur Wahl stehenden Parteien ohne grössere Mühen auf einer Links-Rechts-Skala verorten können.[41] Der Umstand, dass die meisten (wenn auch nicht alle) Sachfragenorientierungen ziemlich konsistent in Links-Rechts-Begriffen ausgedrückt werden können, vereinfacht sodann die Analyse der Policykultur erheblich: Anstatt die Einstellungen zu allen möglichen Einzelfragen zu erheben, kann alternativ bloss die ideologische Selbstidentifikation abgefragt werden.

Eine diachrone Analyse der Links-Rechts-Selbsteinstufung in Liechtenstein und in der Schweiz zeigt, dass die Polarisierung in beiden Staaten zugenommen hat. Die Mitte ist geschrumpft, die Flügel sind gewachsen. In Liechtenstein war die Mitte seit jeher stärker als in der Schweiz und ist auch weniger stark erodiert. Aber selbst in Liechtenstein, wo das Mitte-Lager noch 1997 eine absolute Mehrheit bildete (53 Prozent), stuft sich mittlerweile nur noch eine *relative* Mehrheit der Wahlberechtigten in der Mitte des politischen Spektrums ein (38 Prozent). Der Rückgang des Mitte-Blocks ging in Liechtenstein primär zugunsten des gemässigt-linken Lagers: 1997 stuften sich 11 Prozent leicht links der Mitte ein (Werte 3 und 4)[42], 2021 waren es bereits 23 Prozent. In der Schweiz ist zwar eine ähnliche Entwicklung zu beobachten: Das Mitte-Lager hat auch jenseits des Rheins in den letzten 25 Jahren verloren – allerdings nicht einseitig zugunsten des gemässigt-linken Lagers. In der Schweiz wurden vielmehr *beide* äusseren Pole des politischen Spektrums gestärkt. Der Aufstieg der rechts-konservativen SVP von der kleinsten Bundesratspartei zur mit Abstand wählerstärksten Partei in der Schweiz hat auch mit diesen ideologischen Präferenzverschiebungen zu tun. Beide Länder aber haben eine Wählerschaft, deren Werthaltungen im Schnitt leicht nach rechts tendieren. Das ist auch am Abstimmungsverhalten zu erkennen. Beide Wählerschaften tendieren eher zum Status quo und nehmen Neuerungen eher zögerlich an.

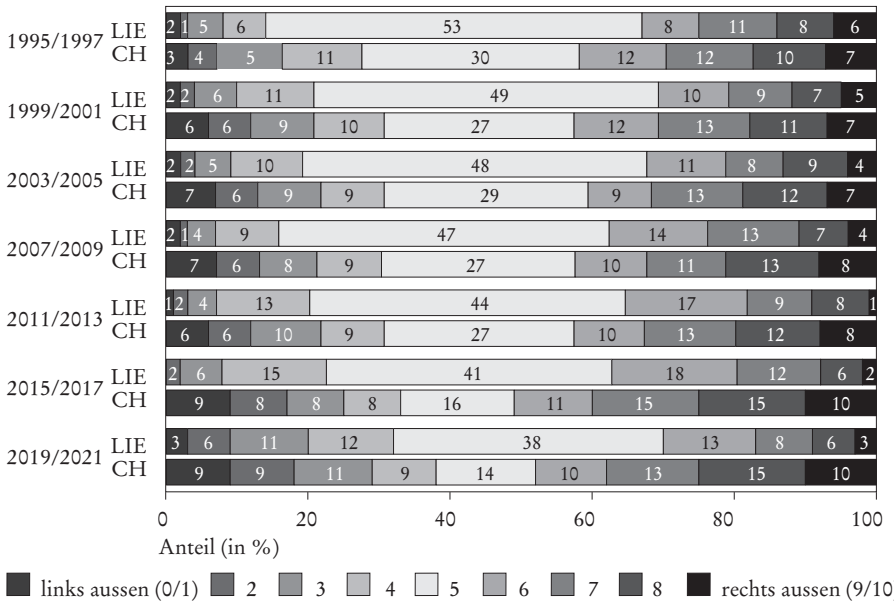
VI. Konkordanz und Konsens als Konfliktlösungsmuster

In einem übergeordneten Sinne ist unter Prozesskultur auch das dominierende Konfliktschlichtungsmuster eines politischen Systems (bzw. einer Gesellschaft als Ganzes) zu subsumieren: Wie tragen die relevanten politischen

41 Otjes / Rekker, 2021.

42 Die Links-Rechts-Selbsteinschätzung wird mit einer elfstufigen Skala erhoben, deren Werte von 0 (linksaussen) bis 10 (rechtsaussen) reichen.

Abbildung 6: Ideologische Selbstidentifikation in Liechtenstein und der Schweiz 1995–2021



Quellen: Frommelt et al., 2021, S. 34 (Liechtensteiner Werte) und Tresch et al., 2020, S. 22 (Schweizer Werte).

Akteure/Gruppen Konflikte üblicherweise aus, so sie denn eintreten?[43] Liechtenstein und die Schweiz weisen diesbezüglich starke Parallelen auf. Auf beiden Seiten des Rheins wird das anderswo meist vorherrschende Mehrheitsprinzip «zugunsten jenes Grundsatzes ausgeschaltet, der im Westfälischen Frieden amicabilis compositio heisst».[44] Anstatt einer Mehrheitsentscheidung wird sowohl in der Schweiz als auch in Liechtenstein wo immer möglich ein gütliches Einvernehmen gesucht. Diese Konsensorientierung findet ihren Ausdruck in allerlei institutionellen Arrangements der Konkordanz: Dazu gehören etwa die Einbindung möglichst aller relevanten politischen Kräfte in der Exekutive («übergrosse Koalitionen»[45], «Zauberformel», Allparteienregierungen), die zwar schwerfälligen, aber integrativ wirkenden legislativen

43 Schuppert, 2008, S. 465, nennt dies die «Konfliktkultur» einer Gesellschaft oder eines Staates.

44 Lehmbruch, 1976, S. 7.

45 Mit «übergrosser Koalition» ist generell eine Regierungskoalition gemeint, die grösser ist als rechnerisch nötig wäre, um eine Mehrheit im Parlament zu haben. In Liechtenstein ist mit dem Begriff der «grossen Koalition» die Regierungskoalition der beiden Grossparteien gemeint.

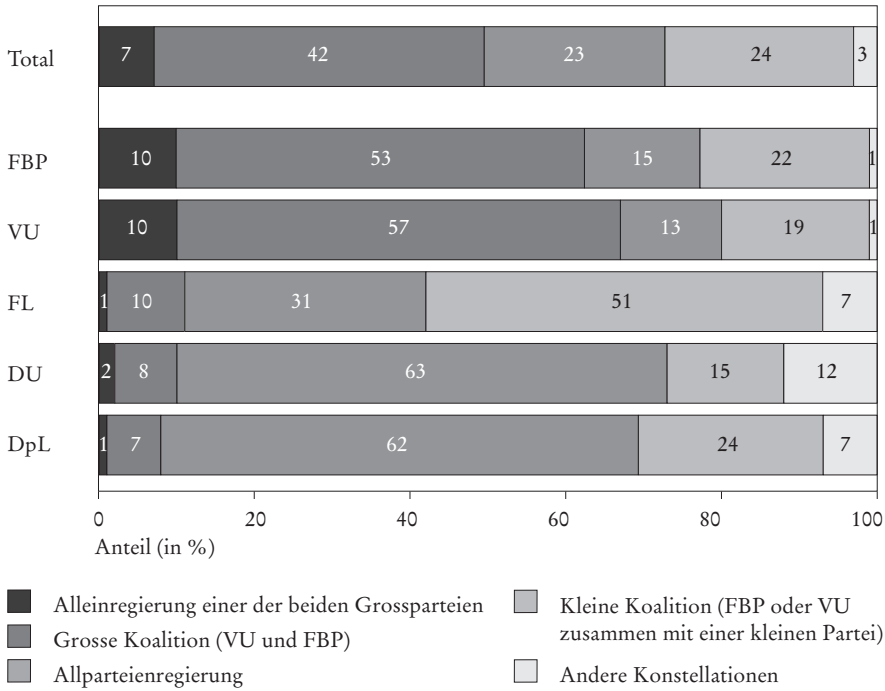
Vorentscheidungsprozesse (z. B. Vernehmlassungsverfahren) und die föderale Politikverflechtung (starke lokale Autonomie). Herausragendes Beispiel ist die Regierungszusammensetzung beider Länder. Obwohl in der Schweiz und in Liechtenstein rechnerisch und formal-juristisch meist entweder eine Einparteienregierung oder eine kleine Koalition möglich wären, wird fast immer eine übergrosse Regierungskoalition gebildet. Eine möglichst breite Einbindung aller Parteien ist überdies die präferierte Regierungsvariante der Wählerschaften. Umfragen aus Liechtenstein zeigen, dass selbst die Anhängerschaften der beiden Grossparteien FBP und VU eine übergrosse Koalition allen anderen Regierungsvarianten vorziehen. In der Schweiz wiederum sind noch nicht einmal Befragungen nötig, um diese Vermutung empirisch zu erhärten. Denn die Regierungen der Kantone werden vom Volk gewählt. Die Ergebnisse dieser kantonalen Regierungsratswahlen informieren uns demnach darüber, welche Zusammensetzung das Volk – zumindest als Kollektiv – wünscht. Es wünscht sich (bzw. wählt) meist eine Vielparteienregierung.

Wie erwähnt, ist die Regierungszusammensetzung nur ein Beispiel für das in beiden Staaten herrschende Prinzip der Konkordanz. Ein weiteres Beispiel ist das aufwendige Vernehmlassungsverfahren, das dazu dient, alle Haltungen möglichst früh auszuloten, um einen breit aufgestellten Kompromiss präsentieren zu können. Der Eindruck ist allerdings, dass politische Auseinandersetzungen in der Schweiz schärfer ausgetragen werden als in Liechtenstein, zumindest dann, wenn sie in der Öffentlichkeit stattfinden – also etwa im Parlament oder in Fernsehdiskussionen wie der «Arena» des Schweizer Fernsehens. Dies ist bloss anekdotische Evidenz; einen empirischen Vergleich der Debattenkultur hat noch niemand durchgeführt. Überraschend wäre dieser Befund jedoch nicht: Die Schweiz ist doch viel grösser als Liechtenstein und ihre Medienlandschaft kompetitiver, was Diskussionen hervorbringt, die der Nachrichtenwertlogik (je schriller, desto besser) genügen müssen.

Dass in beiden Staaten der Konsens die Norm ist, ist kein Zufall. Es hat nicht nur, aber vornehmlich mit der direkten Demokratie zu tun, im Speziellen mit dem fakultativen Referendum.[46] Die Schweiz war ursprünglich kein pluralitäres Konsenssystem, sondern stark majoritär. Bis 1891 stellte der Freisinn alle Bundesräte und das Parlament wurde bis 1919 im Majorz gewählt. Die Einführung des fakultativen Referendums (1874) aber ermöglichte der katholisch-konservativen Opposition, die Gesetzesreformen des Freisinns ein ums andere Mal zu blockieren. Und zwar dadurch, dass sie gegen die Gesetzesbeschlüsse des vom Freisinn dominierten Parlaments das Referendum ergriff und anschliessend auch an der Urne erfolgreich war. Um diese Blockade aufzuheben, wurde den Katholisch-Konservativen relativ rasch ein Bun-

46 Neidhart, 1971.

Abbildung 7: Präferierte Regierungsvariante in Liechtenstein nach Wahlentscheid 2021



Quelle: Frommelt et al., 2021, S. 66.

desratssitz eingeräumt (1891), ein zweiter folgte später (1919). Diese Einbindung hatte das Ziel, den Referendumseifer der Katholisch-Konservativen zu bändigen, was auch gelang. Diese «Zähmung durch Regierungsbeteiligung» erfolgte – zumindest teilweise – auch mit der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB, später SVP) und der SP. Kurz, die Konsenskultur ist auch eine Konsequenz politischer Institutionen. Das Referendum muss im Übrigen nicht zwingend ergriffen werden. Es genügt, damit zu drohen, um bereits eine Konsenswirkung bei den relevanten politischen Akteuren zu erzielen. Und diese Institution des fakultativen Referendums spielt in beiden Staaten, Liechtenstein (Einführung 1921) und Schweiz, eine zentrale Rolle bei der politischen Entscheidfindung. Mehr noch: Eigentlich spielt das fakultative Referendum *nur* in diesen beiden Staaten auf nationaler Ebene eine derart wichtige Rolle. Die Parallelen in der politischen Kultur beider Staaten, die ja nicht nur mit Sprache und Kultur zu tun haben können (denn diese teilt man sich auch mit Deutschland und Österreich), sind somit teilweise das Ergebnis davon, dass beide Demokratien «Referendumsdemokratien» sind.

Literatur

Almond, Gabriel A., Politische Kultur – Forschung – Rückblick und Ausblick, in: Berg-Schlosser, Dirk / Schissler, Jakob (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987, S. 27–38.

Almond, Gabriel A. / Verba, Sydney, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.

Amelunxen, Clemens, Schwierige Vaterländer – Aspekte der liechtensteinisch-deutschen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart, in: Beiträge zur liechtensteinischen Staatspolitik, hrsg. zum 50jährigen Bestehen des liechtensteinisch-schweizerischen Zollvertrages, Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 2, Vaduz 1973, S. 57–74.

Bauer, P. C. / Fatke, M., Direct democracy and political trust: enhancing trust, initiating distrust – or both?, in: Swiss Political Science Review 20/1, S. 49–69.

Campbell, Angus / Converse, Philip E. / Miller, Warren E. / Stokes, Donald E., The American Voter, Chicago 1960.

Dalton, Russell J. / Wattenberg, Martin P., Parties without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Democracies, Oxford 2002.

Deutsch, Karl, Die Schweiz als ein paradigmatischer Fall politischer Integration, Bern 1976.

Easton, David, A Systems Analysis of Political Life, 2. Aufl., Chicago / London 1979.

European Social Survey (ESS) Round 9, Data file edition 3.1, NSD – Norwegian Centre for Research Data, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC, 2018, doi:10.21338/NSD-ESS9-2018.

Freitag, Markus, Politische Kultur, in: Knoepfel, Peter / Papadouplos, Yannis / Sciarini, Pascal / Vatter, Adrian / Häusermann, Silja (Hrsg.), Handbuch der Schweizer Politik, 6. Aufl., Zürich 2022, S. 71–94.

Freitag, Markus, Politische Kultur, in: Knoepfel, Peter / Papadouplos, Yannis / Sciarini, Pascal / Vatter, Adrian / Häusermann, Silja (Hrsg.), Handbuch der Schweizer Politik, 7. Aufl., Zürich 2022, S. 85–109.

Frommelt, Christian / Milic, Thomas / Rochat, Philippe, Landtagswahlen 2021 – Ergebnisse der Wahlumfrage, Beiträge Liechtenstein-Institut 49, Bendern 2021.

Frommelt, Fabian, Der Wiener Kongress (1814-1815) als Angelpunkt der staatlichen Entwicklung Liechtensteins, Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 58, 2016.

Gabriel, Oscar W., Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Gabriel, Oscar W. / Kropp, Sabine (Hrsg.), Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalte, Wiesbaden 2008, S. 181–214.

Inglehart, Ronald / Klingemann, Hans-Dieter, Party Identification, Ideological Preference and the Left-Right Dimension among Western Mass Publics, in: Budge, Ian / Crewe, Ivor / Farlie, Dennis (Hrsg.), Party Identification and Beyond: Representations of Voting and Party Competition, London 1976, S. 225–242.

Knutsen, Oddbjorn, The Partisan and the Value-based Component of Left-Right Self-placement: A Comparative Study, in: International Political Science Review 18(2), 1997, S. 191–225.

Lehmbruch, Gerhard, Parteienwettbewerb im Bundesstaat, Stuttgart 1976.

Marxer, Wilfried, Nationale Identität. Eine Umfrage aus Anlass 200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 105, Vaduz 2006, S. 197–235.

Milic, Thomas, Parteilinientreue und Regierungsunterstützung bei Abstimmungen. Ein Vergleich zwischen Liechtenstein und der Schweiz, LI Focus 2/2022, Gamprin-Bendern 2022.

Neidhart, Leonhard, Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse des schweizerischen Gesetzesreferendums, Bern 1971.

Otjes, Simon / Rekker, Roderik, Socialised to think in terms of left and right? The acceptability of the left and the right among European voters, Electoral Studies 72 (2021).

Pickel, Susanne / Pickel, Gert, Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden 2006.

Press, Volker, Das Fürstentum Liechtenstein im Rheinbund und im Deutschen Bund, in: Liechtenstein in Europa, Vaduz 1984, Liechtenstein Politische Schriften, Band 10, S. 45–106.

Schoen, Harald / Weins, Cornelia, Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Falter, Jürgen W. (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, 2. Aufl., Wiesbaden 2014, S. 241–329.

Schuppert, Gunnar Folke, Politische Kultur, Baden-Baden 2008.

Szvircsev Tresch, Tibor / Wenger, Andreas / De Rosa, Stefano / Ferst, Thomas / Rizzo, Emanuela / Robert, Jacques / Roost, Till, Sicherheit 2023 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich, 2023.

Tresch, Anke / Lauener, Lukas / Bernhard, Laurent / Lutz, Georg / Scaperrotta, Laura, Eidgenössische Wahlen 2019. Wahlteilnahme und Wahlentscheid, Lausanne 2020.

Tresch, Anke / Rennwald, Line / Lauener, Lukas, Die Entwicklung der Parteibindungen in der Schweiz 1971–2019, Social Change in Switzerland, N° 34, 2023.

Waschkuhn, Arno, Politisches System Liechtensteins: Kontinuität und Wandel, Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 18, Vaduz 1994.

LIECHTENSTEIN
POLITISCHE SCHRIFTEN

Band 64

Georges Baur
Christian Frommelt
Fabian Frommelt
(Hrsg.)

Die Beziehungen Liechtenstein – Schweiz

Beiträge aus Anlass des 100-Jahr-Jubiläums des Zollanschlussvertrags

Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft

Georges Baur
Christian Frommelt
Fabian Frommelt
(Hrsg.)

Die Beziehungen Liechtenstein – Schweiz

Beiträge aus Anlass des 100-Jahr-Jubiläums des Zollanschlussvertrags

Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft

Die Stiftung Fürstlicher Kommerzienrat Guido Feger
unterstützt die Aktivitäten des Liechtenstein-Instituts zum
Jubiläum 100 Jahre Zollanschlussvertrag Liechtenstein–Schweiz.
Die Herausgeberschaft und der Verlag danken für diese
Unterstützung.

Die Verantwortung für den Inhalt der einzelnen Beiträge liegt bei den Autor/innen.

© 2024 Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft
Verlagsleitung: Dr. Emanuel Schädler, St. Luziweg 2, LI - 9487 Gamprin-Bendern

ISBN 978-3-7211-1103-3

Satz, Gestaltung: Atelier Silvia Ruppen, Vaduz | Druck: Gutenberg AG, Schaan |
Bindung: Buchbinderei Thöny AG, Vaduz

Inhaltsübersicht

Einleitung: Der Zollanschlussvertrag von 1923 als Wendepunkt der liechtensteinisch-schweizerischen Beziehungen
Georges Baur / Christian Frommelt / Fabian Frommelt 9

Holprige Wege zum Zollanschlussvertrag vom März 1923
Rupert Quaderer 37

Der Zollanschlussvertrag von 1923 und die liechtensteinische «nationale» Identität
Cornelius Goop 61

Das Recht der Hausdurchsuchung durch «fremde» Staatsorgane aufgrund des liechtensteinischen Zollanschlussvertrages mit der Schweiz von 1923
Lukas Ospelt 93

Postvertrag, Zollanschlussvertrag und ihre Abänderungen im Vergleich
Patricia M. Schiess Rütimann 131

Zur Geschichte des Umweltrechts in Liechtenstein
Cyrus Beck 161

Same but different: Politische Kultur in der Schweiz und Liechtenstein
Thomas Milic 195

Das Frauenwahlrecht in Liechtenstein und in der Schweiz: Menschenrechte als Abstimmungsgegenstand – oder als Werkzeuge der Demokratie?
Beat Ospelt 217

Liechtenstein und die angrenzende Ostschweiz: funktional integriert, administrativ getrennt
Philippe Rochat 251

Liechtenstein als Vertragspartei von Freihandelsabkommen
Georges Baur 279

Wirtschaftliche Integration Liechtensteins und der Zollanschlussvertrag mit der Schweiz
Andreas Brunhart / Martin Geiger 317

Die Beziehungen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz – der Versuch einer Systematik
Christian Frommelt / Georges Baur / Patricia M. Schiess Rütimann / Fabian Frommelt 363